

Von der Schwierigkeit, die Lohnarbeitsverhältnisse zum Thema zu machen

Rose, Barbara; Wulf-Schnabel, Jan

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rose, B., & Wulf-Schnabel, J. (2013). Von der Schwierigkeit, die Lohnarbeitsverhältnisse zum Thema zu machen. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 33(128), 87-109.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46467-8>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Barbara Rose & Jan Wulf-Schnabel

Von der Schwierigkeit, die Lohnarbeitsverhältnisse zum Thema zu machen

Lohnarbeitsverhältnisse verändern sich. Mit diesem Artikel wollen wir der Frage nachgehen, wann, von wem und wie die Lohnarbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit zum Thema gemacht werden. Ausgelöst wird diese Fragestellung durch die Transformationsprozesse des Sozialen (während der nahezu vergangenen zwei Jahrzehnte) sowie deren Wirkung auf die Arbeitsbedingungen und -verhältnisse der Professionellen. Bereits 2001 veröffentlichten Hochschullehrende der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin eine Studie zum berufspolitischen Engagement von sozialen Fachkräften, in der sie sich u.a. auf eine vorausgegangene Studie des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit (DBSH) bezogen (vgl. Karges/Lehner/Wegmann 2001; DBSH 1997). Die beiden für unser Thema interessantesten (wenngleich nicht ganz neuen) Befunde sind:

- a) Als zentrales Manko in Sachen „Wertschätzung“ benennen die Professionellen eine zu geringe berufliche Interessenvertretung, dies jedoch bei einem Organisationsgrad in Gewerkschaften und Berufsverbänden von ca. 30 % der SozialarbeiterInnen, von denen wiederum ca. 25% aktiv waren. Lediglich 5% waren Mitglieder von Berufsverbänden, davon etwa die Hälfte im DBSH.
- b) Zwischen der (eher negativen) Einschätzung der Professionellen hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz ihrer Tätigkeit und der tatsächlich ermittelten allgemeinen Wertschätzung zur Sozialen Arbeit besteht eine bemerkenswerte Diskrepanz.

Ungeachtet dessen, dass es sich hier um schon etwas ältere Befunde handelt, dürften sich diese in der Tendenz nicht geändert haben – trotz einschneidender Veränderungen, die die Organisation, Ausstattung, Zielsetzung, Differenzierung und Bewertung Sozialer Arbeit spätestens in der Zeit, in der die Untersuchung getätigt wurde, erfahren haben. Insofern lässt sich die zitierte Untersuchung auch

als Auftakt einer Zeitenwende und damit eines Abschiedes von der scheinbar 'guten alten Zeit' lesen, in der Soziale Arbeit noch als angesehener und erstrebenswerter Beruf galt. Wenngleich dieses Bild trügt (Soziale Arbeit war stets schlecht entlohnt und lange Jahre als 'Semiprofession' minder anerkannt), so hat doch die gesellschaftliche Transformation, insbesondere der sozialstaatliche Umbau der beiden vergangenen Jahrzehnte, die Arbeitsbedingungen stark verändert:

Seit der Etablierung des Neuen Steuerungsmodells Mitte der 1990er Jahre, den Neuerungen durch das SGB und dem Abschied vom BAT-Regime reorganisieren sich die Träger der Freien Wohlfahrtspflege diskontinuierlich als unternehmerische Akteure. Sie stehen längst in Konkurrenz zueinander und neben ihnen treten zunehmend privat-gewerbliche Träger auf. Mit der einhergehenden Erosion korporatistischer Strukturen ist eine äußerst plurale Tariflandschaft entstanden, die kaum noch zu überblicken ist und die einheitliche Tarifabsprachen selbst innerhalb großer frei gemeinnütziger Träger ablöst (vgl. Kühnlein et al. 2011). Das Personal wird als größter Kostenblock thematisiert, während von dem Nutzen durch das Personal und den Interessen der Arbeitenden nur selten die Rede ist. Dabei steht der volkswirtschaftliche Wirksamkeitsnachweis der Neuen Steuerung bis heute aus (Grohs/Bogumil 2011: 307). Nachweisbar ist hingegen, dass sich die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsverhältnisse verändert haben. Letztere werden durch eine Zunahme prekärer Beschäftigungen (Entgelte, Arbeitszeiten und Beschäftigungssicherheit) geprägt, und die Arbeitsbedingungen zeichnen sich insbesondere durch Arbeitsverdichtung und eine Verschiebung des unternehmerischen Risikos, von der zentralen Managementebene über die einzelne Einrichtung bis zur Subjektebene, aus. Auf eine detaillierte Beschreibung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsbedingungen muss an dieser Stelle verzichtet werden (sie liegen den folgenden Ausführungen zugrunde, vgl. u.a. die Beiträge in Stolz-Willig/Christoforidis 2012). Man sollte meinen, dass die Zuspitzung in den Beschäftigungsverhältnissen nun hinreichenden Anlass für organisierten Widerstand liefern. Aber eher herrscht die Klage vor.

Kritik-Perspektiven

Dass die Beschäftigten in der Sozialen Arbeit eine eher schwache Position haben, wenn es um die Durchsetzung von Interessen, die ihre Arbeitssituation, ihren Status und ihre materielle Absicherung betreffen, begleitet die Profession seit ihren Anfängen – ebenso wie die hohe moralische Wertschätzung ihres Tuns. Diese Diskrepanz ist bis heute in unterschiedlichen Kontexten und an-

hand verschiedener theoretischer Zugänge bearbeitet und erklärt worden. Allen voran ist hier der Bezug zum differenz- und hierarchierelevanten Geschlechterbias in der Sozialen Arbeit zu nennen (vgl. z.B. Simmel-Joachim 1979; Sachße 1986), aber auch die Verweise auf die Geringschätzung von care-Arbeit (vgl. z.B. Ostner 1979; Beck-Gernsheim 1980; Brückner 2000) und die Betrachtungen des Sozialbereiches als reiner Werte zehrender, kostenintensiver, 'faux frais' verschlingender Sektor; schließlich die Betonung einer in jeglicher Beziehungsarbeit eingelagerten Barriere für selbst-interessiertes Handeln, das stets auf Kosten der AdressatInnen geht (vgl. Wulf-Schnabel 2011).

Der geringe Organisationsgrad der Beschäftigten in Gewerkschaften, in berufs-, branchen- und fachpolitischen Verbänden scheint insofern und aufs Ganze gesehen in der 'Natur der Sache' zu liegen und nicht besonders erklärungsbedürftig zu sein. Andererseits sind SozialarbeiterInnen in der Regel kritische Menschen; durch ihr Studium werden sie mit guten Voraussetzungen ausgestattet, soziale Probleme in ihren gesellschaftlichen Verursachungszusammenhängen zu interpretieren, das Hilfe- und Herrschaftsparadigma der Sozialen Arbeit zu reflektieren und auch anzuerkennen, dass sie selbst als Akteure in der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Leitvorstellungen über Normalität und Abweichung, Armut, Leistung, Erfolg etc. aktiv beteiligt sind. „So produziert die Gesellschaft im Sozialpädagogen einen ihrer heftigsten Kritiker“ (Mollenhauer 1964: 21).

Ein erster oberflächlicher Blick auf den Gegenstand des kollektiven Kritikpotenzials zeigt, dass SozialarbeiterInnen seit Generationen meisterhaft darin sind, die Bedingungen der elenden Lebensverhältnisse ihrer AdressatInnen zu skandalisieren, zu deren Abhilfe mehr Ressourcen (Stellen, Zeiten, Räume etc.) bzw. „mehr desselben“ (vgl. Kunstreich 1988) zu fordern sind, und diese beiden (unterschiedlichen) Themen mit einem dritten, nämlich der Klage mangelnder Wertschätzung ihres professionellen Tuns, zu verbinden. Die Richtung ihrer Kritikbewegung weist dabei zentral auf Arbeitsbedingungen und -verhältnisse sowie den professionellen Status, sie wird stellvertretend aufgegriffen von Berufsverbänden und Gewerkschaften.

Unser Interesse geht nun dahin, die in der allgemeinen Kritik enthaltenen, miteinander vermischten bzw. sich gegenseitig verdeckenden Perspektiven zu schärfen und zu fragen, welchen Ertrag bzw. welche Konsequenzen sie im Einzelnen für kritikbasiertes Handeln der Professionellen beinhalten können, von wem sie geäußert werden bzw. wer AdressatInnen und BündnispartnerInnen sind oder sein können. Dafür unterscheiden wir folgende drei, für den Gegenstand der Sozialen Arbeit und für dessen kritische Debatte zentrale Schwerpunkte:

Zum ersten die Funktion Sozialer Arbeit, zweitens ihren Status und drittens die Handlungskompetenz der Professionellen und deren 'Produktionspotenzial'.

Ad 1: Landläufig und im Alltagsbewusstsein wird die Funktion Sozialer Arbeit mit der jeweiligen Hilfe(-programmatik/-absicht) gleichgesetzt. Aber tatsächlich ist sie eine spezifische Regulierungsweise sozialer Probleme im Kapitalismus. (vgl. Chassé 1989). Die in Bezug auf die „Funktion“ vorgetragene Kritik äußert sich jedoch in der Regel als Kritik an falscher/unzureichender Hilfeprogrammatik (zu wenig lebensweltorientiert, zu wenig partizipativ etc.).

Ad 2: Der Status der Profession erscheint als Mangel hinreichender gesellschaftlicher Anerkennung; folglich beziehen sich die Kritikpunkte auf schlechte Entlohnung, unzureichende Ausstattung etc. Tatsächlich aber ist der Status Ausdruck und Ergebnis einer durch Hierarchie und Bürokratie geprägten hegemonialen Organisationsweise (vgl. Gramsci 1973).

Ad 3: Handlungskompetenz wird verstanden als professionelles (methodisches) Können. Die Kritik an unzureichender Kompetenz fordert stets längere Ausbildung, verbesserte Fortbildung, Spezialisierung etc. Tatsächlich jedoch bemisst sich Handlungskompetenz ganz wesentlich auch am und ist auch Ausdruck vom Gelingen eines Kooperationsprozesses (einer Ko-Produktion) mit den AdressatInnen (vgl. Badura/Gross 1977).

Es lassen sich seit den 1970er Jahren Kritik- und Aktionswellen feststellen, die in spezifischer Weise zu den oben genannten Perspektiven in Beziehung standen/stehen und diese Schwerpunkte in unterschiedliche Gewichtungen und Verhältnisse zueinander setzen, die aber auch bestimmte Kritik-Aspekte so gut wie gar nicht thematisieren.

Zweifellos waren die 1970er (bis in die erste Hälfte der 1980er Jahre) geprägt von Kritik- und Aktionsweisen, die sich an einer recht schonungslosen Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Funktion Sozialer Arbeit abarbeiteten (Referenzpunkt war das legendäre fischer-tb 6512 von Hollstein/Meinhold 1973: Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen). Seit Ende der 1960er Jahre gründeten sich Arbeitskreise Kritischer Sozialarbeit (AKS); (nicht nur, aber) stark von PraktikerInnen initiiert und getragen, deren Schwerpunkte primär die gesellschaftliche Funktion Sozialer Arbeit und des Weiteren/als Konsequenz den eigenen Arbeitszielen galten (vgl. hierzu Kunstreich 1998; Penke 2009). Das Verhältnis der Kritik zur Aktion zeigte sich zum einen im öffentlichen Eingreifen in sozialpolitisch renommierte Fachveranstaltungen, wie etwa dem Fürsorgetag in Essen (1969) oder dem 4. Jugendhilfetag in Nürnberg (1970); auf Letzterem wurde, gut vorbereitet und die Veranstalter überrumpelnd, die herrschaftliche

und zurechtende Funktion der Jugendhilfe gegen die Kinder und Jugendlichen skandalisiert. Dieses öffentliche Eingreifen konnte die Verhältnisse tatsächlich punktuell 'zum Tanzen' bringen: Die Furcht vor solcher Art offensiver Kritik führte 1975 dazu, dass der 5. Jugendhilfetag vom etablierten Veranstalter, der „Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe“ (AGJ), vorsorglich abgesagt wurde. Zum andern brachte die Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und die Generierung theoretischer Kontexte einige Leit-Publikationen hervor, wie den „Informationsdienst Sozialarbeit“, die „Sozialpolitische Korrespondenz“ (die 1973 im Informationsdienst aufging) und „Erziehung und Klassenkampf“. Das Grundproblem, radikale Kritik in Aktion umzusetzen (es gibt keine widerspruchsfreie Praxis!), lösten die kritischen SozialarbeiterInnen der ersten Generation dadurch, dass sie sich auf eine Kritik an der bürokratisch-herrschaftlichen Verfasstheit der Sozialen Arbeit und an der Übernahme der aus den USA importierten Methodendebatte und -praxis, fokussierten. Sowohl die Kooperation mit basisdemokratisch gestalteten Projekten wie etwa Kinderläden und Jugendwohnkollektiven als auch die Kritik an der individualisierenden und die AdressatInnen faktisch befriedenden 'Methodenlehre' (allein eine aggressive Gemeinwesenarbeit hatte Bestand) wurden als emanzipatorische Handlungsperspektiven anerkannt und erprobt.

AKS – Die erste Generation

Als Referenz für diese, an der gesellschaftlichen Funktion Sozialer Arbeit ihren Ausgangspunkt nehmende Kritik, wollen wir an dieser Stelle Bezug nehmen auf einen Beitrag des AKS Hamburg aus dem Jahr 1983 in der 8. Ausgabe der Zeitschrift „Widersprüche“, der nicht nur beispielhaft für Argumentation, Analyse und Handlungsperspektiven einer Epoche (Sozialarbeiterbewegung der 1970er und frühen 1980er) steht, sondern u.E. auch für die aktuelle Kritikbewegung im Kontext der Sozialen Arbeit anregend sein kann. Ihren Text „Alternative Sozialpolitik als antihegemoniale Strategie“ beginnen die AutorInnen mit der Feststellung, dass

„Sozialstaatlichkeit und Sozialpolitik in ihrer Logik zwar primär und ursächlich ökonomischen Prinzipien unterworfen sind (Reproduktion von Arbeitskräften), daß [sic] sie zum anderen aber ganz wesentlich an nicht-ökonomischen Prinzipien, an Gebrauchswert-Kriterien wie: Lebenschancen und Lebensqualität gemessen werden! Zwischen diesen – widersprüchlichen – Polen balanciert der Sozialstaat und seine Sozialpolitik hin und her“ (Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Hamburg 1983: 58).

Zur Charakterisierung dieser Balance reflektiert der Beitrag die sozialpolitischen Organisationsmittel (Gesetze, Geld-, Sach- und personelle Dienste) a) hinsicht-

lich ihrer Funktionen, b) des Zugangs zu ihnen sowie c) der inhaltlichen Bereiche, in denen sie stattfinden. Während die Funktionen der Organisationsmittel in kompensatorische, subsidiäre und legitimatorische Schwerpunkte unterschieden werden können, stellt sich der Zugang zu ihnen je nach sozialer sowie ökonomischer Lage der AdressatInnen und nach der Definition/Normierung des jeweiligen Organisationsmittels dar. Die inhaltlichen Bereiche teilen sich in: Qualifikation/Sozialisation; Wohnen; Soziale Sicherung; Soziale Kontrolle (ebd.: 59f.). In jedem dieser Bereiche lassen sich hinreichend Beispiele für die Anwendung einer der drei Funktionen (oder auch mehrerer gleichzeitig) ausbuchstabieren und ins Zusammenspiel mit unterschiedlichen Zugangsvoraussetzungen bringen.

Soweit zunächst die Analyse zur Sozialstaatlichkeit. Für unser Thema interessant ist sodann die Positionierung des Textes hinsichtlich der „Agenten des Sozialstaats“, der „Einwirkter“ (ebd.: 65), deren vorherrschende Aufgabe es ist, „die Hegemonie bürgerlich-kapitalistischer Verkehrsformen zu sichern“ (ebd.: 66), d.h. zum einen „die Herstellung und Erhaltung ‘spontaner’ Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit gegenüber den herrschenden Orientierungen und Ideologien“ und zum anderen „die Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols“ (ebd.). Und genau an diesem Punkt entlarvt sich, so die Auffassung der AutorInnen, ein schwerwiegender und verbreiteter Fehler in der Analyse der sozialen Berufe: Sie soll sich eben nicht auf deren scheinbare und tatsächliche Gebrauchswerte („Hilfe“) beziehen, sondern an ihrer tatsächlichen hegemonialen Funktion festmachen. Diese hegemoniale Funktion wird durch die bürokratische Organisationsform, in welcher Variante auch immer, manifestiert und reproduziert, deren wesentliche Kennzeichen sind: Hierarchisierung, Trennung der Produzenten von der Verfügungsgewalt über die Produkte, Zerteilung und Aufteilung der Arbeit in Abteilungen und Hierarchieebenen.

„In den bürokratischen Agenturen der Sozialpolitik [...] gilt: Wer den höchsten Status hat innerhalb der Hierarchie, hat die höchste Kompetenz [...] und umgekehrt: Wer Kompetenz haben möchte, muß [sic] seinen Status verbessern [...]. Das Dogma der Einheit von Handlungskompetenz und Status macht es unmöglich, die Probleme von Effizienz und Kontrolle anders zu lösen als durch Hierarchisierung und Spezialisierung. Sieht man jedoch in der Handlungskompetenz den Aspekt der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und im Status den der herrschaftlich notwendigen Kontrolle, so liegt es nahe, beide Aspekte zumindest analytisch zu trennen“ (ebd.: 67).

Und etwas weiter heißt es:

„Aus allen Untersuchungen sozialpolitischer Einrichtungen/Organisationen wissen wir [...], daß [sic] ihre Wirkung auf die Betroffenen in erster Linie nicht von der Kom-

petenz oder Inkompetenz des Einzelnen abhängt, sondern von ihren tatsächlichen Wirkungszusammenhängen: den 'heimlichen Methoden' dieser Einrichtungen. Ebenfalls wissen wir von allen erfolgreichen Gegenmodellen [...], daß neben der weitgehenden Aufgabe der Hierarchie und traditioneller Arbeitsteilung es unabdingbar ist, alle Aspekte des pädagogischen Handelns [...] mit zu berücksichtigen" (ebd.: 68),

um sich dadurch kollektiven Entscheidungsprozessen als „ein Stück Abbau von Herrschaft“ (ebd.) anzunähern. „Daß gerade dieser Punkt bei den Verbänden, Finanziers und sonstigen Trägern auf schärfsten Widerstand stößt, ist erklärlich“ (ebd.).

Mit dieser Kritik an den „Einwirkern“ und deren hegemonialer Funktion in bürokratischen Strukturen ist nicht nur das Beziehungsgeflecht zwischen Funktion – Status – pädagogischem Handeln analysiert, sondern werden auch die „Aktionsperspektiven“ einer „alternativen hegemonialen Orientierung“ (ebd.: 70) angedeutet: Gebrauchswertorientierung der „Hilfen“ ohne Zwang zur Lohnarbeit, Entkoppelung von Status und Kompetenz bei den SozialarbeiterInnen, unbedingte Einbeziehung der Betroffenen und deren Unterstützung bei der eigenen Problemdefinition sowie Organisation von Ressourcen zu ihrer Durchsetzung.

StellvertreterInnen

Zwar machten diese und ähnliche Positionen stets einen Minderheitenstatus im Deutungs- und Selbstverständnisdiskurs des Sozialen aus, jedoch traten sie seit Beginn der 1980er Jahre, Hand in Hand mit der Auflösung der AKS, zunehmend in den Hintergrund. Sie zogen sich in die Hochschulen zurück, sie verflüssigten sich in die Institutionen hinein (wie ebenfalls andere Abteilungen der Sozialen Bewegung), sie verloren sich zugunsten neuerer Paradigmen – darüber ist sich die kritische Geschichtsschreibung nicht einig (s. Kunstreich 1998 versus Otto in Kessl/Ziegler/Otto 2006) – zugunsten eines starken Interesses der Profession an Statusfragen. Diese wurden nun gänzlich anders konnotiert als es die AKS-Kritik an der herrschaftlichen Verfasstheit von „Status“ getan hatte, nämlich als Mangel an gesellschaftlicher Anerkennung und Vorenthaltung einer angemessenen materiellen Honorierung. In diesem Zusammenhang ist an den Therapeutisierungs- und Spezialisierungsboom zu erinnern (vgl. Maasen et al. 2011), an das Zuständigkeitsgerangel von FH-Sozialarbeitenden mit universitär geprägten Professionen wie PsychologInnen und PädagogInnen, an den akademischen Streit zwischen universitären Diplom-Studiengängen und denjenigen

an Fachhochschulen, an die Deutungskämpfe um Soziale Arbeit als „Semi- oder Voll-Profession“ (vgl. Heiner 2004), an die Ausrufung einer Sozialarbeitswissenschaft (vgl. Thole 2011), an aus den USA inspirierte Modelle von Identitätspolitik, wie es der Entwurf einer Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession (vgl. Staub-Bernasconi 2003) und auch die Propagierung eines Ethikcodes für die Soziale Arbeit (vgl. DBSH 1997) demonstrieren.

Wenngleich diese Wellen der Kritik am (mangelhaften) und Aktion für (verbesserten) Status auf Gehör und Sympathie bei den Professionellen stießen und massenhaft zu einem Fortbildungsboom mit den Folgen diverser Spezialisierungen, Höher- und Weiterqualifizierung führte, so waren doch diejenigen, die solche Themen vehement vorantrieben, eher in den Reihen der Berufsverbände und in den (Fach)Hochschulen und zunächst nur ausnahmsweise bei den Gewerkschaften zu finden. Insbesondere die Fachverbände, wie z.B. der Evangelische Erziehungsverband (EREV) und die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH), engagierten sich in Folge des seit 1991 geltenden reformierten Jugendhilfrechts (KJHG) für Qualifizierungs- und Statusverbesserungen der Profession (nachzulesen in ihren Verbandszeitschriften „Evangelische Jugendhilfe“ und „Forum Erziehungshilfen“). Der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit (DBSH), von seinem Anspruch her Berufsverband und Fachgewerkschaft, gründete sich durch den Zusammenschluss zweier Vorgängerverbände 1994 mit dem dezidierten Ziel, Professionspolitik voranzutreiben. (Das Leitmotiv seines letztjährigen Fachkongresses war: „Die Experten des Sozialen sind wir!“ Und der aktuelle Slogan lautet: „Damit nicht die durchs soziale Netz fallen, die es knüpfen sollen“, vgl. DBSH 2012/2013).

Diese Art Stellvertreterpolitik fokussierte und verengte sich im Prozess des neoliberalen Umbaus des Sozialstaates hin auf konkrete Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitsbedingungen. Zuvor waren, gewerkschaftlich gesehen, Lohnarbeitende in der Sozialen Arbeit eher ein Anhängsel der Tarifaufinandersetzungen im öffentlichen Dienst. Zu Zeiten des BAT-Regimes kämpfte mit der damaligen ÖTV der Müllmann (!) für höhere Löhne und die Erzieherin (!) war die angeblich stille Nutznießerin. Heute ist es fast umgekehrt. Aktuell fordern die DGB und SPD Vorsitzenden zusammen (passend zum bevorstehenden Bundestagswahlkampf), dass die Erziehungs- und Pflegeberufe künftig besser bezahlt werden sollen (vgl. Hamburger Abendblatt 2013). Die SPD plant, dies durch erhöhte Beiträge für die Kranken- und Pflegeversicherung zu refinanzieren. Dass dies den Erziehungsberufen nicht hilft, weil sich Soziale Arbeit zumeist nicht aus diesen, sondern kommunalen Töpfen speist, kann der SPD eigentlich nicht entgangen sein, denn dort setzen die sogenannten A-Länder mit ihren Kürzungen zeitgleich an. Fraglich ist

also die Durchsetzung. Erschwert wird die Durchsetzungskraft durch komplizierte, schwer zu überblickende Zuständigkeiten innerhalb der DGB Gewerkschaften GEW und ver.di. Durch den jahrzehntelangen Beschäftigungsboom in der Sozialen Arbeit erhalten die sozialen Berufe innergewerkschaftlich zwar mehr Gewicht, aber der Zunahme prekärer Beschäftigung konnte bislang nicht wirklich begegnet werden. Für das stärkere Gewicht steht beispielhaft die von ver.di aufgelegte und von seinem Fachverband 3 (Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen) organisierte Initiative: „Soziale Arbeit ist mehr wert“, die in der ersten Hälfte 2007 stattfand (vgl. verdi 2007). Ziel war es, mit Fachtagungen, betrieblichen und regionalen Aktionen und einer bundesweiten Aktionswoche eine öffentliche Debatte zur Verbesserung der Wertschätzung Sozialer Arbeit anzuschieben. Die Forderungen konzentrierten sich auf höhere Löhne, feste Arbeitsverhältnisse und hinreichende Professionalität. Verhandlungspartner und/oder auch Gegner waren die entsprechenden Abteilungen des Staates und die Beschäftigungsträger.

Vorerst ist festzuhalten, dass die StellvertreterInnen wenig Widerstand gegen die Ökonomisierung als vorherrschender gesellschaftlicher Formbestimmung formulierten oder gar organisierten – allenthalben blieb es hier bei moralischer Empörung. Und die der Ökonomisierung des Sozialen zur Durchsetzung verhelfenden neuen bürokratischen („Status“ verfestigenden) Instrumente wurden nicht zum Gegenstand der Kritik, sondern deren Folgen in den Beschäftigungsverhältnissen galten die Aktivitäten der StellvertreterInnen.

AKS – Die zweite Generation

Nahezu zeitgleich gründete sich aus einigen Hochschulen für Soziale Arbeit heraus eine neue Generation von „Arbeitskreisen Kritische Soziale Arbeit“ (AKS), die an den Perspektiven der alten AKS der 1970er und 1980er Jahre anknüpfte – mit dem Anspruch einer theoretischen Re-Kontextualisierung und einer Re-Politisierung der Sozialen Arbeit, dies jedoch in einem zur ersten AKS-Generation veränderten politisch-ökonomisch-kulturellen Koordinatensystem: Nun erst hat sich der Kapitalismus einerseits umfassend und global und andererseits bis in die institutionellen Nischen hinein als Herrschaftsform entfalten können. Der AKS formulierte als Begründung für seine Existenz wie folgt:

„Ende 2005 entschlossen sich einige HochschullehrerInnen dazu, einen bundesweiten „Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit“ (AKS) ins Leben zu rufen. Die Notwendigkeit eines derartigen Arbeitskreises stellt/e sich aufgrund einiger zentraler Sachverhalte, so u.a. in Anbetracht

- 1.) aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen (Stichworte: Globalisierung, Neoliberalismus, „Vermarktwirtschaftlichung“ weiterer gesellschaftlicher Bereiche, und in der Folge zunehmende soziale Ungleichheit, zunehmende Arbeitslosigkeit und Armut usw.);
- 2.) des „Zustands“ Sozialer Arbeit in Theorie und vor allem in Praxis und Ausbildung,
- 3.) der Unzufriedenheit von Praktikern und Praktikerinnen, Studentinnen und Studenten mit Entwicklungstendenzen Sozialer Arbeit sowie den (Arbeits-)Bedingungen sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Praxis;
- 4.) verstreuter Aktivitäten einer Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen an Fachhochschulen und Universitäten sowie in diversen Arbeitsfeldern Sozialer Arbeit.

Mit der Konstituierung des AKS wurde beabsichtigt und auch realisiert, ein gemeinsames Forum für die (Weiter-)Entwicklung einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zu schaffen; nicht nur, um die individuellen Anstrengungen um eine kritische Theorie und Praxis Sozialer Arbeit in einem gemeinsamen Projekt zu bündeln, sondern auch, um eine kritische Praxis und Gegenöffentlichkeit zum Mainstream Sozialer Arbeit und Sozialpolitik sowie zum hegemonialen neoliberalen Diskurs weiter zu stärken“ (Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit 2005).

In den dann folgenden, knappen programmatischen Ausführungen lassen sich mehr oder weniger pointiert Bezüge zu den schon vom „alten“ AKS herausgestellten Schlüsselthemen Funktion, Status und Handlungskompetenz finden. Zur Funktion heißt es: Eine Theoriebildung über Gegenstand und Funktion der Sozialen Arbeit erfordert die Aufklärung über strukturelle Zusammenhänge bezogen auf soziale Ungleichheit und Prozesse der Ausschließung sowie eine Aufdeckung der jene Zustände legitimierenden Diskurse und der sich dahinter verbergenden Herrschafts- und Machtstrukturen. Der Statusaspekt wird folgendermaßen gefasst: Das herrschaftskritische Wissen, in Bezug zum aufgetragenen professionellen Handeln gebracht, ermöglicht eine Distanzierung von den Zumutungen ordnungspolitischer und normierender Problemlösungen (oder, frei nach Foucault: die Möglichkeit, nicht dermaßen regieren zu müssen, und die Chance, nicht dermaßen regiert zu werden). Das Thema Handlungskompetenz konzentriert sich auf die Ermöglichung von Bildungsprozessen für ein selbstbewusstes und selbstbestimmtes Leben der AdressatInnen.

Mittlerweile existieren 16 regionale AKS, überwiegend an Hochschulstandorten und von Lehrenden, Studierenden und PraktikerInnen selbst organisiert (dies in sehr unterschiedlichen Variationen: z.B. dominieren im AKS Hamburg PraktikerInnen, während der AKS Dresden studentisch geprägt ist). Dank des Internets ist die Vernetzung gegeben und kann möglicherweise bis zu einem gewissen Grad ein eigenes publizistisches Leitorgan kompensieren, wie es der Informationsdienst Soziale Arbeit für die AKS der 1970er Jahre war. Neben einer

gemeinsamen jährlichen Konferenz stellt sich ein höchst differentes Bild der regionalen Praxen als Einmischungen in die (sozial)politischen Angelegenheiten vor Ort dar. Diese lassen sich als politisch 'enger' (mit Bezug auf den Gegenstand, etwa Protesten an Sparvorhaben bei der sozialen Infrastruktur, repressiven Jugendhilfe-Programmen oder kritischen Auseinandersetzungen mit von der Administration vorgegebenen sozialräumlichen Handlungskonzepten..) oder auch 'weiter' (als Beteiligung an oder Teil von Bündnissen und Bewegungen, etwa gegen die Privatisierung öffentlicher Räume, gegen Naziaufmärsche, ...) identifizieren.

Man kann derzeit (noch) nicht behaupten, dass sich bereits Konturen einer Re-Theoretisierung und Re-Politisierung (s.o.) deutlich abzeichnen würden. Das die AKS verbindende Moment könnte man als „Kritik, als Haltung und Handlung“ benennen. Und es wäre übertrieben, ihnen im Mainstream des Sozialarbeits-Diskurses eine bedeutsame Rolle zuzusprechen. Aber in den jeweiligen lokalen Zusammenhängen verschaffen sie ihrer Kritik am neoliberalen und verbürokratisierten Gepräge des Sozialen Gehör; und vor allem gelingt es, im Bündnis mit anderen kollektiven Akteuren neue (kreative) Formen des Protestes zu praktizieren.

Auf dem letztjährigen (8.) Bundeskongress Soziale Arbeit (BuKo) beteiligten sich die AKS aus Hamburg und Bremen mit Veranstaltungen: „Reflektieren – kritisieren – einmischen! Arbeitskreise Kritischer Sozialer Arbeit als lokalpolitische Akteure“ (Bremen) und: „GewaltMachtSinn – Law and Order in der Jugendarbeit kritisieren, Alternativen denken und entwickeln“.

Produktionsverhältnisse

Wir können konstatieren, dass die gewerkschaftlichen oder berufsständischen Stellvertretungen allmählich verstärkt, aber uneinheitlich die Löhne thematisieren. Die Klagen mangelnder Anerkennung sozialer Beschäftigungsgruppen sind deren Vehikel. Diese Gruppen blenden die Funktion Sozialer Arbeit und damit einhergehende Dynamiken, Transformations- und Reorganisationsprozesse weitestgehend aus. Man arbeitet sozusagen 'End of Pipe'. Dem gegenüber thematisieren und skandalisieren die AKS die gesellschaftlichen Zustände der Sozialen Arbeit insgesamt. Ähnlich wie Artikulationen von Beschäftigten zu den eigenen Arbeits- und Berufszielen erkennen lassen (Wulf-Schnabel 2011: 191ff.), werden nicht eigene, sondern die Lebensverhältnisse der AdressatInnen und die fachlichen Verhältnisse zu ihnen zum Thema gemacht und beklagt. Erst hierüber, wenn, wohlgemerkt nach eigenem Verständnis, für diese gesorgt ist,

haben die Professionellen für andere und zugleich für sich gut gesorgt. Da sich Soziale Arbeit nun aber handelnd auf soziale Ungleichheiten bezieht, ist dies eigentlich nie so richtig gut der Fall.

Von der AdressatInnen-Situation unabhängige Artikulationen zu den eigenen Produktionsverhältnissen finden sich selten Beiträge, und noch weniger in Bezug auf notwendige Arbeitskämpfe und deren Formen.

Eine Verknüpfung mehrerer Enden der Aktivitäten zu einer Bewegung ist bislang nicht erkennbar. Betrachtet man die Lohnarbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit im zeitlichen Kontext, so stellt man fest, dass in den letzten beiden Jahrzehnten (seit dem New Public Management) ein organisierter Einfluss nur schwer beschreibbar, kaum klar verortbar und vor allem kaum wirkmächtig erscheint. Wenn aber die Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse so sind, wie sie mehrfach beschrieben sind, und es sich offenkundig schon länger oder sich sogar zuspitzend so verhält, stellen sich hier nun Fragen: Warum kann das Bestehende nicht verändert werden? Übersehen oder vernachlässigen die Akteure etwas? Wohnt den Debatten quasi ein 'blinder Fleck' inne, wodurch etwas nicht (oder nur ungenügend) zur Kenntnis genommen und letztendlich die Wahrnehmung verstellt wird?

Die Besonderheiten der Sozialen Arbeit als personenbezogene Arbeit, die in hohem Maße auf Kooperation mit den AdressatInnen angewiesen ist, und die in diesem Erbringungszusammenhang (vgl. Schaarschuch 1996) eingelagerten Parameter werden interessanterweise in keinem der hier betrachteten Kritik-Diskurse dezidiert zur Sprache gebracht oder in einem Zusammenhang mit den jeweils als kritikwürdig erachteten Themen gesehen. Dies mag auch erklären, dass erst allmählich die StellvertreterInnen und noch weniger die AKS den Streik als kollektives Arbeitskämpfungsmittel thematisieren. Den aktuellen rechtlichen Bedingungen und Einschränkungen, die die Möglichkeiten zum Streik in der Sozialen Arbeit prägen, geht der Beitrag von Segbers in diesem Heft nach. Unabhängig davon stellen wir die These auf, dass die Charakteristika der Sozialen Arbeit den Entzug der Ware Arbeitskraft signifikant und in spezifischer Weise erschweren. Soziale Arbeit realisiert sich als Arbeit an, für und mit Menschen; sie ist interpersonelle Arbeit an und in Beziehungen. Ohne die problematischen Wechselverhältnisse und Asymmetrien in den Beziehungen zwischen AdressatInnen und Professionellen kleinreden zu wollen, geht es im professionellen Sinne um eine gemeinsame Bearbeitung von Problemlagen, d.h. Soziale Arbeit als Prozess wird in Koproduktion von AdressatInnen und Professionellen hergestellt (vgl. Gross/Badura 1977). Dafür sind wechselseitig Beziehungs-, Kommunikations-, Inter-

aktions- und Reflexionsarbeiten erforderlich, die die Persönlichkeiten berühren. Persönliche Auffassungen und Handlungen gehen also in die Koproduktion ein, sie sind notwendiger Bestandteil einer professionellen Haltung, die auf Verständigung und Aushandlung zielt. Folglich verlangt das Produktionsverhältnis den KoproduzentInnen ihre Subjektivität ab und zeitgleich subjektivieren sie die Arbeit. Die Subjektivierungsprozesse sind durchaus ambivalent: Es besteht sowohl die Möglichkeit als auch der Zwang, Subjektivität einzubringen und die eigene Persönlichkeit zu verwerten (Moldaschl/Voß 2003: 13f.). Subjektivierung wird umso bedeutsamer, je weniger 'objektive' Faktoren zur Verfügung stehen. Dies scheint in der Sozialen Arbeit per se der Fall zu sein: Ihr haftet das Manko des Technologiedefizites an (Luhmann/Schorr 1988: 120), wonach ein verlässliches Lösen sozialer Probleme im hochkomplexen Feld Sozialer Arbeit unmöglich wird. Da konkrete Menschen in höchst unterschiedlichen, lebensweltlichen Bezügen den 'Arbeitsgegenstand' Sozialer Arbeit bilden, erscheint Soziale Arbeit schwer bestimmbar, diffus, und sie verliert sich leicht in einer Allzuständigkeit. Sie wird zwar zunehmend durch Formalisierung und Standardisierung gesteuert, aber solange das intime Beziehungsgeflecht vorhanden ist, bleibt Subjektivierung real.

Da es sich um die Gemeinschaft von mindestens zwei KoproduzentInnen handelt, stellt sich die Subjektivierung doppelt dar. Die jeweiligen Deutungen, Muster und Auffassungen der Beteiligten müssen in Verständigung gebracht werden, sodass ein gemeinsames Drittes (vgl. Kunstreich 2003; 2011/2012) entstehen kann. Diese spezifische, in die Arbeitsbezüge fest eingelassene Subjektivierung ist integraler Bestandteil professioneller Praxis, und sie ist zugleich eine Implikation Sozialer Arbeit – weswegen wir von gefangener Subjektivierung sprechen (vgl. hierzu ausführlich: Wulf-Schnabel 2011: 25ff.). Gefangene Subjektivierung von Sozialer Arbeit erfordert ein situativ offenes, improvisierendes Handeln, um der Eigensinnigkeit der Problemsicht der AdressatInnen (Thiersch 2002: 215) folgen zu können.

In diesen Arbeitsbeziehungen fällt der Entzug der Ware Arbeitskraft schwer. Die Arbeitsverweigerung erzeugt zuallererst einen Konflikt in der Beziehung zwischen den KoproduzentInnen, und sie manifestiert die Asymmetrie. Erst an zweiter Stelle steht der Konflikt um die Arbeitsbedingungen und -verhältnisse, die zwischen Arbeitenden und Arbeitgebenden ausgetragen werden. Mit jedem Streik wirkt der Entzug der Ware Arbeitskraft unmittelbar auf der Produktionsebene, aber während in der Industrie 'alle Räder' stillstehen, sind es in der Sozialen Arbeit die Hilfe- und Unterstützungsprozesse, für die persönlich eine

hohe Verantwortung und Identifikation empfunden wird, weil sie Teil der professionellen Persönlichkeit (geworden) sind.

Nun sollte man nicht versucht sein, die Interessen und Möglichkeiten beider KoproduzentInnen in einen Topf zu werfen, denn sie unterscheiden sich deutlich: AdressatInnen, die sich der Koproduktion entziehen, wird soziale Hilfe und Unterstützung entzogen oder sie werden existenziell sanktioniert. Ihr Handeln kann keinen nach außen gerichteten Druck erzeugen, sondern richtet sich gegen sie selbst. Professionelle, die sich der Koproduktion entziehen, verweigern den AdressatInnen Hilfe- und Unterstützungsleistungen in zumeist prekären Lebenslagen und Abhängigkeiten. In beiden Fällen geht Vertrauen verloren, aber in unterschiedlicher Weise, und die Konsequenzen sind ungleich verteilt. Dies ist den Professionellen durchaus bewusst und erhöht die Hemmschwelle, die Arbeit niederzulegen.

Gefangene Subjektivierung kann also durchaus befangen machen. Die subjektivierende Praxis der Sozialen Arbeit für, am und mit Menschen kann dazu führen, dass die Lohnarbeitenden selbst dann ihre Interessen zurückstellen, wenn die Produktionsverhältnisse prekär werden. Subjektivierung erschwert so lange Widerstand oder Streik, wie sich mit der Arbeit und dem Arbeitsgegenstand identifiziert wird. Wird dieses persönliche Einbringungsverhältnis durch schlechte Arbeitsbedingungen gefährdet, dehnen die Arbeitenden ihre Belastbarkeit und auch ihr Professionalitätsverständnis, um es und sich zu erhalten. Dies ist unmittelbar nachvollziehbar, denn den AdressatInnen soll weiter Hilfe und Unterstützung geboten werden, weil sie darauf angewiesen sind, und auch der professionelle Habitus kann nicht ohne Identitätsverlust aufgegeben werden. Hinzu kommt, dass die Sorgen nicht nur dem Wohl und der Würde der AdressatInnen gelten, sondern auch dem eigenen Arbeitsplatz und der Trägerorganisation. Gerade weil im Sozialsektor viel von roten Zahlen und knappen Kassen die Rede ist, zeigen sich diese Ängste deutlich (Wulf-Schnabel 2011: 229ff.). Im Ergebnis werden die eigenen Interessen hintangestellt.

Werden die Arbeitsverhältnisse jedoch so schwer erschüttert, dass sie im Ergebnis objektiviert werden und eine Persönlichkeitseinbringung nicht oder kaum mehr möglich ist – wie es durch Standardisierung und Arbeitsteilung im Pflegebereich zu beobachten ist – dann werden die AdressatInnen zu abstrakten Arbeitsobjekten, die entfremdet bearbeitet werden. Gefangene Subjektivierung als Implikation Sozialer Arbeit, ein Charakteristikum der Koproduktion, geht

dann verloren. In einer Zeit, in der die soziale Infrastruktur quasi-marktförmig reorganisiert wird, stehen den Individuen nur liquide Formen des Sozialen (vgl. Baumann 2003) gegenüber. In der Folge müssen professionelle Fachkräfte immer flexibler für verlässliche sozialarbeiterische Verhältnisse sorgen, um Koproduktion noch weiter zu ermöglichen. Oder sie objektivieren ihr Gegenüber, wobei sie an der 'objektiven Wirksamkeit' ihrer Leistungen von Dritten gemessen werden. Im Ergebnis führt das zum Selbstmanagement im Rahmen einer wettbewerblichen Subjektivierung. Hierbei wird die Persönlichkeit mit dem Ziel eingebracht, die ökonomische Verwertung der eigenen Arbeitskraft selbst zu erzielen. Subjektivierung dient dann der Produktivkraftentwicklung (Pongratz 2003: 8). Das notorische Steuerungsproblem eines Unternehmens, die Transformation des Arbeitspotentials in tatsächliche Arbeitsleistung für betriebliche Ziele, verlagert sich in die Arbeitenden. Sie werden zu ArbeitskraftunternehmerInnen (Voß/Pongratz 1998: 139ff.). Beide Subjektivierungen (gefangen/wettbewerblich) erleichtern tendenziell Selbstausbeutung und erschweren traditionelle Arbeitskämpfungsmittel wie einen Streik.

Schlüsselthemen einer Perspektive

Vor dem Hintergrund dieser für die eigene Interessendurchsetzung schwierigen Ausgangslage wollen wir dennoch den Versuch wagen, die Diskussion perspektivisch zu öffnen. Auffallend ist, dass die Lohnarbeitenden selbst ihre eigenen Verhältnisse kaum zum Thema machen und schon gar nicht zum Tanzen bringen. Bei aller analytischer Kritik an den Schwerpunkten und Einschränkungen in den Debatten der Verbände, Gewerkschaften und Arbeitskreise scheint es eben Teil der Verfasstheit der Produktionsverhältnisse zu sein, sich zu sorgen, für andere zu kämpfen und sich aufzuopfern. Durch die Geschichte der kollektiven Akteure steht ja zugleich eine breite Erfahrung zur Verfügung, die immer wieder fragt und beklagt, warum sich denn so wenig Lohnarbeitende kollektiv engagieren. Deshalb fragen wir abschließend, welche Schlüsselthemen zur Verbesserung und Stärkung sozialer Lohnarbeitsverhältnisse beitragen können. Dies ist sicherlich ein schwieriges Unterfangen, das, dauerhaft angelegt, nur in der gemeinschaftlichen Bearbeitung der Akteure gelingen kann. Rückt man die Interessen Lohnabhängiger in das Zentrum und macht man die Produktionsverhältnisse zum Dreh- und Angelpunkt, ergeben sich drei Schlüsselthemen:

1. Identitätspolitik: „Der Kampf um Anerkennung Sozialer Arbeit um den Status Profession kann heuristisch sinnvoll Identitätspolitik genannt werden“

(Heite 2008: 81). Unter Identitätspolitik muss immer auch Herrschaftskritik verstanden werden, denn die Funktion Sozialer Arbeit wird ergänzend oder gegensätzlich, stets aber hierarchisch zum Rest der (angeblich wirklich wichtigen) Welt gedacht. Soziale Arbeit ist das, was übrig bleibt und doch getan werden muss, wofür Frauen qua Geschlecht für zuständig erklärt werden und dies z.T. auch selbst betreiben. Es sind Herrschaftsverhältnisse, die den Status prägen, denen sich die Akteure in einem hierarchisch strukturierten Feld nicht entziehen können und die erklären, warum kollektive Akteure so heterogen auftreten und nun unter ökonomistischen Bedingungen mit entsprechenden Vokabeln um Anerkennung ringen (bspw. Effizienz und Effektivität, Qualität oder Wirksamkeit). Eben diese Herrschaftsverhältnisse regieren tief in die Produktionsverhältnisse Sozialer Arbeit und offenkundig ist „es anderen Professionen aufgrund ihres Klassen- und Geschlechtshabitus und ihrer Ausstattung mit Machtmitteln [...] besser gelungen, so zu tun, als ob sie dem Konstrukt 'Profession' entsprächen“ (ebd.: 83).

Identitätspolitiken können also durchaus positiv sein und zur Steigerung der Sichtbarkeit und Wertschätzung von Arbeit sowie zur Stärkung der Lohnarbeitsverhältnisse beitragen. Übertragen auf die Soziale Arbeit sind hier insbesondere die wissenschaftlich geprägten AkteurInnen an den Hochschulen, aber auch in den AKS gefordert, die derzeit eher über Strukturen und Erscheinungen sozialer Ungleichheitsverhältnisse geführten Debatten stärker auf die Produktionsverhältnisse zu lenken. Gewerkschaften hingegen müssen die gesellschaftliche Funktion der Lohnarbeitenden und der Sozialen Arbeit stärker in den Blick nehmen und bspw. Positionen gegen Verbetriebswirtschaftlichungen formulieren und Widerstand organisieren. Eine Reduktion auf Lohnpolitik reicht nicht, wenn sich die Trägerlandschaft aufgrund der Transformation des Sozialen derart ökonomistisch wandelt, sodass letztendlich dadurch die Personalkosten unter Druck geraten und von den Nutzen nur noch wenig die Rede ist.

Einerseits muss Identitätspolitik dafür kämpfen, dass es faire und hoch bewertete Lohnarbeitsverhältnisse für diejenigen gibt, die das Soziale produzieren. Andererseits ist sie in einen Kontext grundlegender menschlicher Bedürfnisse (Wohnen, Bildung, Erziehung, Ernährung, Gesundheit und Pflege) und ihrer Regierungsweisen zu setzen. Bislang jedoch erscheint Identitätspolitik eher als Überhöhungsversuch. Beispielhaft zeigt sich dies an der Ausrufung der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession. Moralisch mag man sich gut fühlen, wenn man sich für die Einlösung der Menschenrechte zuständig erklärt und sich auf

einer Ebene mit solchen Instanzen wie dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) oder gar den Vereinten Nationen (UN) wähnt. Faktisch ist dies aber nicht der Fall. Es wird ein Versprechen gegeben, das nicht einzulösen ist. Im Gegenteil: Es verleitet dazu, dass um der 'guten Sache' Willen weiter gemacht wird – und seien die Bedingungen noch so schlimm. Hier beinhalten verschiedenste ethische Konzepte bedenkliche Umdeutungs- und Verstärkungsmuster, denn mit der Zuständigkeit für Menschenrechte, mit den Anrufungen von Solidarität oder mit der Dienstgemeinschaft im Sinne christlicher Nächstenliebe sind stets Aufforderungen impliziert, Opfer für die Gemeinschaft zu bringen, weil die Sache zählt und dafür vom eigenen Wohl abzusehen ist. Derartige Überhöhungsversuche stehen im Widerspruch zu real stattfindenden Abqualifizierungen. Sie verdecken außerdem das nach wie vor hierarchische, stereotype Geschlechterverhältnis in der Sozialen Arbeit und deren Vernutzung als billig zu habende Sorge-Arbeit. Bei einem seit Jahrzehnten rückläufigen Männeranteil in der Sozialen Arbeit und einem zeitgleichen Wachstum sozialer Einrichtungen nehmen zwar mehr Frauen auch Leitungspositionen ein. Aber obwohl auf den Leitungsebenen Komplexität, Verantwortung und fachliche Anforderungen zunehmen, finden nun Entwertungen von Leitungspositionen statt. Dieses Phänomen lässt sich nur über die Geschlechterordnung erklären (Wulf-Schnabel/Klein 2011: 117ff.). Offenkundig greifen hier weiterhin institutionalisierte kulturelle Wertmuster, die Frauen an einem gleichberechtigten Leben in der Gesellschaft hindern und die Soziale Arbeit als Ganze der Hegemonie der betriebswirtschaftlichen Effizienzordnung unterordnen. Folglich sind immer wieder kritische Reflexionen der weiblichen Codierung von Sorgearbeit nötig. Wenn mehr Frauen Leitungspositionen einnehmen, diese zeitgleich aber entwertet werden, reicht die Betrachtung der Geschlechterverhältnisse (und bspw. eine Quotendiskussion) allein nicht aus, weil sich die Geschlechterordnung neue Bahnen gebrochen hat. Es geht um Neubewertungen, wie es mit dem Aufruf zur Care Revolution geschieht:

„Wir plädieren dafür, dass die für alle Menschen wichtigen Aufgaben in Bildung und Erziehung, Gesundheit und Pflege, aber auch Ernährung und Wohnraum in das Zentrum von politischem Handeln gestellt werden. Hier liegen die Grundlagen menschlichen Lebens. Ein polit-ökonomisches System muss in der Lage sein, diese grundlegenden Bedürfnisse zu realisieren. Wenn dies wie derzeit nicht gelingt, muss es erneuert bzw. transformiert werden“ (Aktionskonferenz Care Revolution 2013: 2).

2. Bisher werden die „[...] oft regional oder in einem Bereich stattfindenden Auseinandersetzungen noch nicht als soziale Bewegung wahrgenommen“ (ebd.). Bündnisse und Strategie sind also erforderlich. Die Organisiertheit ist entscheidend für die Durchsetzung kollektiver Interessensdurchsetzung. Aus Perspektive

der Lohnarbeitenden müssen die Gewerkschaften, Fachverbände und AKS die Frage beantworten, inwieweit sie tatsächlich zur Durchsetzung lohnarbeitender Interessen beitragen. Hier ließe sich aus der Geschichte der Arbeiterbewegung durchaus noch etwas lernen. Aber auch Lohnarbeitende müssten deutlich klarer ihre Interessen in den Mittelpunkt rücken, artikulieren und nicht über Dritte (AdressatInnen, ethische Versprechungen/Überhöhungen usw.) ableiten.

Nicht nur historisch gibt es selbstverständlich auch signifikante Unterschiede zur industriell geprägten Arbeiterbewegung, besonders in Organisationsfragen. Da die primären beruflichen Zugänge zur Sozialen Arbeit nun einmal keine betrieblichen sind, müssen Organisationszugänge bereits in den Fach- und Hochschulausbildungen beginnen. Die Akademisierung ist übrigens ein Phänomen, an dem alle Gewerkschaften knabbern. Gewerkschaftliche Aktivitäten müssen sich also nicht nur am Betrieb orientieren. Zudem sind die betrieblichen Orte der Sozialen Arbeit durch vielschichtige, zumeist kleine dezentrale Einrichtungen geprägt, die nicht zentral angesteuert werden können. Bessere Arbeitsbedingungen und -verhältnisse durch gezielte Intervention des Organizing zu erreichen hat ver.di seit 2006 versucht, aber im Medienformat www.organizing.verdi.de sind seit 2011 keine neuen Aktivitäten verzeichnet.

Historisch ist auch bekannt, dass Gewerkschaften zwar gute Dienste tun, sich aber gerne auch selbst überschätzen und als Organisationen eigene Interessen herausbilden. Neben dem innergewerkschaftlichen Neben- und Durcheinander von ver.di und GEW finden Außenstehende fernab der klassischen (männlichen) Gewerkschaftssozialisation kaum Zugänge oder Orientierungen. Ihnen wird die gewerkschaftliche Struktur kaum transparent oder deren aktive Mitgestaltung leicht gemacht.

Zudem beansprucht der Berufsverband DBSH auch einen Gewerkschaftsstatus, allerdings jenseits des DGB. Er ist eine Zusammenarbeit mit dem dbb beamtenbund tarifunion eingegangen, der sich für zuständig für den öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche erklärt. Dort ist ein bunter Strauß, unter anderem auch die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), organisiert. Es verwundert nicht, dass in einer derartig organisationsinteressenpolitisch geprägten Landschaft der Organisationsgrad der Lohnarbeitenden in den Bereichen der Sozialen Arbeit weitestgehend unbekannt ist. Verwunderlich ist es aber, dass die genannten Akteure die geringe Organisiertheit immer wieder beklagen. Kein gewerkschaftlicher Akteur hat es bislang verstanden, die gewerkschaftliche Bürokratie zu überwinden und Lohnarbeitende adäquat anzusprechen. Jedoch muss man auch erwähnen, dass es partiell gemeinschaftliche Aktionen und Bündnisse gibt, beispielsweise eine von ver.di gemeinsam mit dbb geführte Kampagne zur

Gesundheitspolitik („Der Deckel muss weg“, 2006) und eine Kooperationsvereinbarung zwischen ver.di und dbb im Jahr 2007 über eine engere tarifliche Zusammenarbeit und für abgestimmte Lohnforderungen – allerdings nur bezogen auf den öffentlichen Dienst.

Die GEW hat insgesamt 258.119 Mitglieder, ver.di 2.138.200 Mitglieder, wobei jeweils die Anteile sozialer Berufe unklar sind, und der DBSH rund 5.600 Mitglieder (Dribbusch 2010: 24f.). Die AKS bilden eher lose, selbstorganisierte Zusammenhänge ohne formale Mitgliedschaften. Aber was wäre es doch für ein Gewinn, wenn allein diese StellvertreterInnen und BasisaktivistInnen ihre organisationseigenen Interessen deutlich stärker zurück stellen, sich in Grundfragen der Interessenspolitik besser verständigen oder sogar einig werden würden, eine gemeinsame Gegenmacht mobilisieren und damit auch für Unorganisierte interessanter würden! Geschieht dies nicht, ist eher zu befürchten, dass sich Partikularinteressen entlang der beruflichen Hierarchie ihre Bahnen brechen und berufsständische Spartengewerkschaften ausbilden.

3. Ohne Arbeitskampfmittel können Interessen nicht wirkmächtig durchgesetzt werden. Hier sind – ganz klassisch – die Gewerkschaften angesprochen, gleichwohl sollten sich auch die AKS stärker an dieser Debatte beteiligen. Arbeitskampferfahrungen, organisatorisches Know-how und nicht zuletzt die rechtliche Zuständigkeit (Koalitionsfreiheit) liegen bei Gewerkschaften. Klassisches Instrument ist der Streik. Er entfaltet seine Wirkung in der unmittelbaren Auseinandersetzung zwischen Arbeit und Kapital. Diese ist in der Sozialen Arbeit so aber nicht gegeben. Zum einen bestehen Bedenken der Lohnarbeitenden, gegen freigemeinnützige Träger zu streiken – selbst, wenn sie sich verdeckt als profitähnliche Organisationen verhalten und ihre Gemeinnützigkeit weitestgehend auf steuerliche Aspekte reduzieren. Gerade die großen traditionellen Wohlfahrtsverbände zehren noch von ihrer Geschichte als sozialpolitische Interessenvertretungen und sozial gestaltende Akteure. Sie werden auch heute noch in diesem Sinne zum Handeln aufgefordert und sind von der staatlichen Refinanzierung abhängig. Letzteres verschiebt die Konfrontationslinie zwischen Arbeit und Kapital, denn wenn die Refinanzierungsebene getroffen werden soll, muss der weite Umweg über die AdressatInnen- und Trägerebenen gegangen werden. Wie aufgezeigt ist aber die Koproduktionsebene ganz entscheidend. Ein Streik gefährdet die gefangenen wechselseitigen Subjektivierungen und erfordert eigentlich eine Objektivierung der Produktionsverhältnisse. Dies würde allerdings eine Produktionsweise des Sozialen unter ökonomisierten Verhältnissen befördern. Die Koproduktion Sozialer Arbeit würde ihre lebensweltlichen

und zwischenmenschlichen Momente verlieren. Derart dehumanisierende Prozesse sehen wir deutlich in der Pflege, aber auch dort nicht durchgängig. Die sich abzeichnende Objektivierung bedroht den entscheidenden Mehrwert, den die Menschen in den sozialen Berufen aus eben diesem ziehen.

Aber diese Argumentationslinie darf keinen Ausschluss von Arbeitskampfmitteln bedeuten. Arbeitskampfmittel müssen die Balance zwischen der Durchsetzung originär eigener Interessen, den Erhalt der Koproduktion und der Realisierung des emotionalen Kapitals (Wulf-Schnabel 201: 235ff.) schaffen. Dies kann ausdrücklich auch der Streik sein, aber er muss dann ebendiese Produktionsverhältnisse berücksichtigen, wohl durchdacht und organisiert sein. Außerdem muss das Arbeitskampfmittel die Akteure treffen, die die tatsächlichen InteressengegnerInnen sind. Dies können die 'SozialpartnerInnen' sein, also die Arbeitgebenden, wenn es beispielsweise um die innerbetriebliche oder branchenbezogene Lohnumverteilung geht. Auch hier wäre also ein Streik adäquat. Es können aber auch die Verwaltungsapparate oder die politisch-kollektiven Akteure sein. Hier müsste dann ein Streik gemeinsam von Lohnabhängigen, Arbeitgebenden und AdressatInnen getragen werden und beispielsweise das Ziel haben, einen Branchentarifvertrag (TV Soziales) zu erzielen, der für alle Träger rechts- und allgemeinverbindlich ist. Von dieser Bündnisnotwendigkeit sind wohl wiederum die Arbeitgebenden zu überzeugen und das kommt ohne Druckmittel nicht aus. Neben dem Streik muss es also andere Protest- und Arbeitskampfmittel geben (wie gewerkschaftlich vielfach erprobt), die gar nicht so sehr der Eskalation dienen als vielmehr der konzentrierten Verfolgung eigener Interessen. Und genau hier ist ein Scheitelpunkt zur sozialen Bewegung zu überschreiten. Die AKS, die vielfältigen Initiativen, Netzwerke und Organisationen sind Segmente einer Gegenbewegung zur derzeitigen Krise sozialer Reproduktion, die den Arbeitskampf mit in Anspruch nehmen sollte und damit auch das Zusammenwirken mit Gewerkschaften eingehen müsste und gemeinsam einen kritisch-prüfenden Blick auf die Organisationslandschaft der Sozialen Arbeit werfen sollte. Durch die Reorganisation der Freien Wohlfahrt vom Verband zum Unternehmen, durch das Aufkommen vieler neuer gemeinnütziger Organisationen, die sich unter bestehenden Verbandsdächern wie dem des Paritätischen oder der Diakonie sammeln, aber deren Eigentumsverhältnisse und soziale Ausrichtung oftmals unklar sind, und durch die Zunahme privat-gewerblicher Unternehmen kann keine eindeutige Orientierung Lohnabhängiger mehr erfolgen. Gute Arbeitsbedingungen und fachliche Innovationen kann es bei Privaten und Freigemeinnützigen genauso geben wie es an gleicher Stelle prekäre Beschäftigung gibt. Aus

Sicht der Lohnabhängigen müssen die Organisationen die Frage beantworten, inwieweit sie die originär eigenen Verhältnisse für „gute Arbeit“ gewährleisten – und dies mittlerweile unabhängig von der Rechtsform oder Trägerschaft. Die einleitende Fragestellung, wann, von wem und wie die Lohnarbeitsverhältnisse in der Sozialen Arbeit zum Thema gemacht werden, kann vor Ort ebenso gut an die konkrete Organisation gerichtet werden.

Literatur

- Aktionskonferenz Care Revolution 2013: Aufruf zur Aktionskonferenz „Her mit dem guten Leben!“ vom 14. bis 16. März 2014 in Berlin
- Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Hamburg 1983: Alternative Sozialpolitik als antihegemoniale Strategie. In: Widersprüche. Heft 8, S. 57-71
- Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit 2005: Der „Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit“ (AKS). URL: <http://www.kritischesozialarbeit.de/> [Letzter Abruf: 15.04.2013]
- Bauman, Zygmunt 2003: Flüchtige Moderne. Frankfurt a.M.
- Beck-Gernsheim, Elisabeth 1980: Das halbierte Leben. Männerwelt Beruf, Frauenwelt Familie. Frankfurt a.M.
- Brückner, Margrit 2000: Care-Work jenseits von Caritas? In: Feministische Studien 18. Jgg. extra: Fürsorge – Anerkennung – Arbeit. S. 43-53
- Chassé, Karl August 1989: Lebensweise und Sozialstaat. In: Widersprüche. Heft 31, S. 21-37
- DBSH, Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit 1997: Berufsethische Prinzipien. Beschluss der Bundesmitgliederversammlung. URL: <http://www.dbsh.de/> [Letzter Abruf: 15.04.2013]
- 2012/2013: URL: <http://www.berufskongress-soziale-arbeit.de/und> <http://www.dbsh.de/fileadmin/redaktionell/pdf/gewerkschaft/Streik.pdf>. [Letzter Abruf: 15.04.2013]
- Dribbusch, Heiner 2010: Tarifkonkurrenz als gewerkschaftspolitische Herausforderung: Ein Beitrag zur Debatte um die Tarifeinheit. WSI-Diskussionspapier Nr. 172. Düsseldorf
- Gramsci, Antonio 1973: Bürokratisierung der Klassenverhältnisse im Spätkapitalismus. In: Meschkat, Klaus/Negt, Oskar (Hrsg.): Gesellschaftsstrukturen. Frankfurt a.M., S. 92-297
- Grohs, Stephan/Bogumil, Jörg 2011: Management sozialer Dienste. In: Evers, Adalbert/Heinze, Rolf G./Olk, Thomas (Hrsg.): Handbuch Soziale Dienste. Wiesbaden, S 299-314
- Gross, Peter/Badura, Bernhard 1977: Sozialpolitik und Soziale Dienste: Entwurf einer Theorie personenbezogener Dienstleistungen. In: von Ferber, Christian/Kaufmann, Franz-Xaver (Hrsg.): Soziologie und Sozialpolitik. Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 361-385

- Hamburger Abendblatt 2013: DGB fordert höhere Löhne in den Sozialberufen. Artikel vom 08.04.2013. URL: <http://www.abendblatt.de/politik/deutschland/article115085784/DGB-fordert-hoehere-Loehne-in-Sozialberufen.html> [Letzter Abruf: 16.04.2013]
- Heiner, Maja 2004: Diagnostik und Diagnose in der Sozialen Arbeit. Ein Handbuch. Berlin
- Heite, Catrin 2008: Soziale Arbeit im Kampf um Anerkennung. Weinheim/München
- Hollstein, Walter/Meinhold Marianne 1973: Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen. Frankfurt a.M.
- Karges, Rosemarie/Lehner, Ilse M./Wegmann, Hedwig 2001: Wenig Engagement in eigener Sache. Das Verhältnis sozialer Fachkräfte zu ihrer standespolitischen und gewerkschaftlichen Interessenvertretung ist entwicklungsbedürftig. In: Blätter der Wohlfahrtspflege 11/12, S. 258-260.
- Kessl, Fabian/Ziegler, Holger/Otto, Hans-Uwe 2006: Auf Basis systematischer Verge-
wässerung aus dem Mainstream heraus. Ein Gespräch mit Hans-Uwe Otto. In: Wi-
dersprüche 100: Was ist heute kritische Soziale Arbeit? Bielefeld, S. 111-118
- Klein, Uta/Wulf-Schnabel, Jan 2007: Männer auf dem Weg aus der Sozialen Arbeit. In: WSI Mitteilungen (3). S. 138-144
- Kühnlein, Gertrud/Stefaniak, Anna/Wohlfahrt, Norbert 2011: Wettbewerb in der Sozialwirtschaft. Auswirkungen auf die tarifliche Entwicklung. In: Stolz-Willig, Brigitte/Christofordis, Jannis (Hrsg.): Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen. Münster, S. 144-162
- Kunstreich, Timm 1988: Umbau statt Ausbau. Die Zukunft der Sozialen Arbeit be-
ginnt heute. In: Widersprüche Heft 28, S. 7-13
- 1998: Grundkurs Soziale Arbeit. Sieben Blicke auf Geschichte und Gegenwart Sozialer Arbeit. Band II. Hamburg
- 2003: Was ist eine Politik des Sozialen? In: Sorg, Richard (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Münster/Hamburg/London, S. 55-74
- 2011/2012: Was ist heute kritische Soziale Arbeit? Vortrag in Hannover am 19.11.2011 und in Berlin am 07.07.2012. URL: <http://einmischen.info/joomla2.5/images/UPLOADS/Was%20ist%20kritische%20Soziale%20Arbeit%20heute.pdf> [Letzter Abruf: 25.03.2013]
- Luhmann, Niklas/Schorr, Karl Eberhard 1988: Reflexionsprobleme im Erziehungssystem. Frankfurt a.M.
- Maasen, Sabine/Elberfeld, Jens/Eitler, Pascal/Tändler, Maik 2011: Das beratene Selbst. Zur Genealogie der Therapeutisierung in den langen Siebzigern. Bielefeld
- Moldaschl, Manfred/Voß, G. Günther 2003: Zur Einführung. In: Moldaschl, Manfred; Voß, G. Günther (Hrsg.): Subjektivierung von Arbeit. München/Mehring, S. 13-21
- Mollenhauer, Klaus 2001: Einführung in die Sozialpädagogik. Probleme und Begriffe der Jugendhilfe. Weinheim/Basel
- Ostner, Ilona/Beck-Gernsheim, Elisabeth 1979: Mitmenschlichkeit als Beruf. Frankfurt a.M./New York

- Penke, Swantje 2009: Soziale Arbeit in Bewegung. Die „Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit“ gestern und heute. In: Wagner, Leonie (Hrsg.): Soziale Arbeit und Soziale Bewegungen. Wiesbaden, S. 193-204
- Pongratz, Hans J. 2003: Subjektivierung und Interessenvertretung. Projekt: Entgrenzung von Arbeit und Chancen zur Partizipation (EAP) der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt. EAP-Diskussionspapier 12. Wien
- Redaktion Widersprüche 1989: Sozialpolitik und Politik des Sozialen. Anmerkungen zum analytischen Zugang zu einem Politikfeld. In: Widersprüche. Heft 32: Region – Eigensinn sozialer Räume, S. 7-15
- Sachße, Christoph 1986: Mütterlichkeit als Beruf. Frankfurt a.M.
- Schaarschuch, Andreas 1996: Dienst-Leistung und Soziale Arbeit. Theoretische Überlegungen zur Rekonstruktion Sozialer Arbeit als Dienstleistung. In: Widersprüche, Heft 59, S. 87-97
- Simmel, Monika 1979: In der Hauptsache ist der Sozialpädagoge eine Frau. In: Jahrbuch der Sozialarbeit 3. S. 39-47
- Staub-Bernasconi, Silvia 2003: Soziale Arbeit als (eine) Menschenrechtsprofession. In: Sorg, Richard (Hrsg.): Soziale Arbeit zwischen Politik und Wissenschaft. Münster, S. 17-54
- Stolz-Willig, Brigitte/Christofordis, Jannis 2011: Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen. Münster
- Thiersch, Hans 2002: Positionsbestimmungen der Sozialen Arbeit. Gesellschaftspolitik, Theorie und Ausbildung. Weinheim/München
- Thole, Werner 2011: Die Soziale Arbeit – Praxis, Theorie, Forschung und Ausbildung. In: Grundriss Soziale Arbeit. Wiesbaden, S. 19-70
- verdi, Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft 2007: Soziale Arbeit ist mehr wert. URL: <http://soziale-arbeit-ist-mehr-wert.verdi.de/> [Letzter Abruf: 15.04.2013]
- Voß, G. Günter/Pongratz, Hans J. 1998: Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der „Ware Arbeitskraft“? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 50 (1). S. 131-158
- Wulf-Schnabel, Jan 2011: Reorganisation und Subjektivierungen von Sozialer Arbeit. Wiesbaden
- ; Klein, Uta 2011: Subjektivierungen, Leitung und Geschlecht in der Sozialen Arbeit. In: Stolz-Willig, Brigitte/Christofordis, Jannis (Hrsg.): Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen. Münster, S. 104-123

Prof Barbara Rose, Hellkamp 39, 20255 Hamburg

E-Mail: rose_barbara@web.de

Prof Dr. Jan Wulf-Schnabel, Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin,

Köpenicker Allee 39-57, 10318 Berlin

E-Mail: jan.wulf-schnabel@khsb-berlin.de